An American Newspaper which stands for American ideals and principles—published in the German language for American citizens who read German

Tägliche Omaha Tribüne

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 6, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT
A. S. BURLESON, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang. | Omaha, Nebr., Freitag, den 27. Februar 1920 | 8 Seiten—No. 300

Nebraska Historical State Society

Notenaustausch von Wilson veröffentlicht

Hält gegenüber den Ansprüchen Italien's an Ausführung amerikanischer Prinzipien fest und droht mit Aufgeben der Liga

Wilson hat seine Haupttrumpfkarte ausgespielt

Washington, 27. Feb.—In seiner Antwort an die britischen und französischen Premiers wegen der adriatischen Frage hält Präsident Wilson an seiner früheren Entscheidung fest, daß die Vertragsbedingungen sich auf das Uebereinkommen vom 9. Dezember gründen müssen, widrigenfalls müsse er die Zurücknahme des Vertrags von Versailles und des französischen Bündnisvertrages vom Senat „in ernstliche Erwägung ziehen". Die Antwort der Premiers ist von London gekabelt worden, war aber heute morgen noch nicht in Washington eingetroffen.

Mit der Annahme dieser letzten Note, sind alle ausgewechselten Dokuments mit Einschluß des Uebereinkommens vom 9. Dezember und der später an Jugoslavien erlassenen Vertragsvorschläge seitens der britischen und französischen Premiers vom Staatsamt veröffentlicht worden.

Das Uebereinkommen vom 9. Dez.

Das von Frankreich, Großbritannien und den Ver. Staaten am 9. Dezember gemeinschaftlich unterzeichnete Memorandum, durch welches man hier die adriatische Frage für erledigt ansah, bestimmte der Hauptsache nach folgendes:

Italien sollte durch eine Verschiebung der Grenzlinie Istriens, durch welche die Völkerscheide zwischen Italienern und Slaven weit überschritten wurde, ein Gebiet mit 300,000 Jugoslaven erhalten. Die Gegend von Assing sollte dauernd entmilitarisiert werden. Die Region von Albamo, die 200,000 Jugoslaven und 40,000 Italiener enthält, sollte als Pufferstaat zwischen Italien und dem Königreich Jugoslavien unter Aufsicht der Völkerliga errichtet werden.

Ferner wurde ein Freistaat Fiume unter der Völkerliga mit vollständiger Selbstherrschaft für die Stadt Fiume und ein Freistaat Zara vorgesehen. Lissa und die umliegenden Inseln sollten entmilitarisiert an Italien fallen, mit Selbstverwaltung an die ansässigen Slaven.

Unter Aufsicht der Liga erhielt Italien das Mandat über den unabhängigen Staat Albanien, dessen Nordgrenzen nach den Bestimmungen der Londoner Konferenz von 1913 bestehen blieben, während die Südgrenze durch Unterhandlungen mit Griechenland festgesetzt werden sollten. Die Stadt Avlone und deren militärisches und wirtschaftliches Hinterland wurde Italien überlassen.

Italienische Ansprüche.

Durch diese Bestimmungen glaubte man Italien „volle Befriedigung seiner geschichtlichen und nationalen Bestrebungen" für die Einigung der italienischen Rasse und „absolute strategische Kontrolle der Adriatik" gegeben zu haben. Man sicherte Italien ferner „durch Neutralisierung der dalmatinischen Inseln und Gewässer von Ragusa bis Fiume.

Italien dagegen wünschte Kontrolle der Stadt Zara, Annexion einiger Inseln, die Vereinigung Fiume mit Istrien durch einen schmalen Landstreifen.

Die Konferenz wies diese Ansprüche ab, weil sie weder wirtschaftlich notwendige noch von Italienern bewohnte Gebiete forderten, sondern nur den Begehr nach Landerwerb ausdrückten. Es wurde eine Note Wilson's an Tittoni vom 12. Nov. zitiert, in der Wilson sich gegen die Schaffung einer neuen Irredente ausgesprochen hatte.

Uebereinkommen vom 14. Jan.

Am 14. Januar trafen Großbritannien, Frankreich und Italien ein neues Abkommen, welches von Wilson als einen Verstoß gegen das Abkommen vom 9. Dezember aufgefaßt wird. Dadurch wurde die Stadt Fiume zu einem Freistaat gemacht, der Pufferstaat zwischen Italien und Jugoslavien wurde aufgegeben. Die „Wilson Linie" wurde zum besseren Schutz für Triest geändert, so, daß „alle rein-slavischen Distrikte den Jugoslaven überwiesen wurden"; Zara blieb Freistaat; Avlona blieb den Italienern dienen auch die dalmatinischen Inseln zufielen. Italien behielt das Manda über Albanien, dessen südlicher Teil an Griechenland fallen sollte. Die Italiener in Dalmatien konnten sich für italienische Staatsangehörigkeit entscheiden.

Wilson's erster Protest.

Hiergegen erhob Präsident Wilson am 19. Januar Protest, indem er Lloyd George und Clemenceau zu verstehen gab, daß einzelne Bestimmungen in dem neuen Abkommen nicht von den Ver. Staaten angenommen werden konnten, und anfragte, ob die britische und französische Regierung in Zukunft die verschiedenen europäischen Fragen allein entscheiden und den Ver. Staaten nur das Resultat mitteilen wollten. In ihrer Antwort vom 23. Januar stellten die Premiers in Abrede, daß sie Abschluß ohne die Ver. Staaten machen würden, und daß keine wesentlichen Bestimmungen des Abkommens vom 9. Dezember geändert worden seien, daß aber alle gemachten Aenderungen zugunsten der Jugoslaven getroffen worden seien. Im Falle diese gerechte Lösung „einer schwierigen und gefährlichen Frage" nicht angenommen würde, müsse man „auf die Ausführungen des Londoner Vertrages bestehen, der niemand zufrieden stelle".

Wilson zeigt sich empört.

Präsident Wilson's Antwort vom 10. Februar erklärt, daß er nicht glauben könne, daß die am 9. Dezember von den Alliierten verdammte Lösung der adriatischen Frage ihnen jetzt als richtig erscheinen könne. Damals seien die ungerechten Ansprüche Italiens von den Alliierten ebenso verurteilt worden, wie von Amerika. Die amerikanische Regierung könne nicht die Prinzipien preisgeben, für die Amerika in den Krieg gezogen, um die übertriebenen Ansprüche einer assoziierten Macht zu befriedigen und dadurch den Funken zu einem künftigen Weltbrand glimmend erhalten. Wenn die alte Ordnung der Dinge andauern würde, daß Landgier auf Kosten der Kleinen befriedigt werden solle, dann sei für Amerika der Zeitpunkt noch nicht gekommen, dem Konzert der Mächte, das auf einem neuen Geist basiert sein solle, beizutreten. Im Falle die Bestimmungen vom 9. Dezember nicht angenommen werden könnten, sähe sich der Präsident genötigt, „die Zurückziehung des Vertrags mit Deutschland und des Uebereinkommens mit Frankreich, welche jetzt dem Senat vorliegen, in ernstliche Erwägung zu ziehen," und die Erledigung europäischer Angelegenheiten den Verbündeten zu überlassen.

Lloyd George und Millerand, der inzwischen Clemenceaus Nachfolger geworden war, erwiderten unter dem 17. Februar, daß die Annahme, daß sie „vor der Ansicht Italiens kapituliert hätten" unbegründet sei. Sie versuchten Wilson's Kritik, daß Fiume für italienische Annexion vorbereitet werde, daß die neue Grenzregulierung die Jugoslaven benachteilige, daß Albanien geteilt werden solle, zu entkräften. Sie versicherten, nur „widerstrebend" annehmen zu können, daß der Präsident die gemachten Aenderungen für einen genügenden Grund ansehen könne, Europa die Mitwirkung der Ver. Staaten zu entziehen, daß eine solche Zurückziehung sie mit „Bestürzung" erfülle und daß sie hoffen, daß die Ver. Staaten nicht wegen eines Zwistes über eine adriatische Grenze „die ganze Maschine zerstören" würden.

Wilson bleibt bei seiner Ansicht.

Die Note des Präsidenten vom 24. Februar, das letzte der veröffentlichten Dokumente, erklärt, daß „der Präsident fühle, daß unter den gegenwärtigen Umständen ihm keine Wahl" bliebe, als seinen Standpunkt hinsichtlich des Zurückziehens des Friedensvertrages festzuhalten, wenn die Alliierten nicht ihren Kurs änderten. „Nach der Ansicht der amerikanischen Regierung müssen die ferneren Friedensverhandlungen auf der Basis der Grundgesetze fortgeführt werden, für die Amerika in den Krieg zog."

Einige Diplomaten sind der Ansicht, daß der Präsident einen Haupttrumpf ausgespielt hat, indem er den Notenwechsel zu einer Zeit veröffentlichte, als er das letzte Wort hatte, da die Antwort der Alliierten noch nicht eingetroffen ist, und daß er sie veröffentlichte, so lange sich die alliierten Premiers gegen eine Veröffentlichung derselben wehrten.

Alliierte werden nachgeben.

Die Antwort der Alliierten auf Wilson's letzte Note wird heute in Washington erwartet. In Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß die Alliierten dem Plan Wilson's beistimmen werden, die Italiener und Jugoslaven über ihre Grenzlinie verhandeln zu lassen, damit eine Lösung erzielt werden kann, die beiden Teilen zusagt. Wenn dieses fehlschlägt, dürfte das Uebereinkommen vom 9. Dez. in Kraft treten.

Preußen erhält einen Finanz-Senat

Der deutsche Staat wird Bahnen Preußens für die Summe von 34 Milliarden Mark ankaufen.

Berlin, 27. Febr.—Es verlautet, daß der deutsche Staat alle preußischen Bahnen übernehmen wird. Der preußischen Regierung werden für die Abtretung der Bahnen 34 Milliarden Mark bezahlt werden.

Der erste Entwurf der neuen preußischen Konstitution, der demnächst der preußischen Volksvertretung vorgelegt werden soll, sieht die Einsetzung einer zweiten parlamentarischen Körperschaft vor, deren Aufgabe in erster Linie die Kontrolle aller Geldbewilligungen sein soll. Die Freiheit, mit der die National-Versammlung unbeschränkte Kredite bewilligt, hat den Schöpfern der preußischen Verfassung den Gedanken eingegeben, eine parlamentarische Körperschaft zu schaffen, welche darauf sehen soll, daß die Ausgaben nicht über die Grenzen des Haushalts hinausgehen; auch sonst soll die Körperschaft als Hemmschuh für die finanzielle Gesetzgebung im Allgemeinen dienen.

Die Körperschaft wird den Charakter eines Finanz-Senats haben und zu seinen Mitgliedern die führenden preußischen Finanzbeamten, die Präsidenten der Provinzen und dergleichen zählen. Das im Entwurf vorliegende Grundgesetz würde den Präsidenten des Landtages zum Haupt der preußischen Republik machen. Die Beratungen der Kammer über den Entwurf werden allem Anschein nach beträchtliche Zeit beanspruchen, und die neuen preußischen Wahlen dürften kaum vor dem Herbst stattfinden.

Sturm auf Polizeiwache wird abgeschlagen

Nach vierstündigem Angriff fallen drei Sinn Feiner und acht andere werden verwundet.

Dublin, 27. Febr.—Ein Trupp Sinn Feiner unternahm auf die Polizeiwache zu Timoleague vier Stunden lang erfolglose Sturmangriffe. Drei Angreifer wurden von den Polizisten getötet und acht andere verwundet. Die Sinn Feiner bedienten sich bei dem Angriff Frachtwaggons als Deckung und machten von Kleingewehrfeuer und Bomben Gebrauch. Der von ihnen gemachte Versuch, das Gebäude in Brand zu setzen, mißlang.

Zu gleicher Zeit wurde ein Angriff auf die Polizeiwache zu Mount Pleasant gemachtj aber auch dieser wurde abgeschlagen.

Geddes Botschafter in Washington

London, 27. Febr.—Sir Auckland Geddes hat den ihm angetragenen Botschafterposten in Washington angenommen. So meldet die Zeitung Telegraph. Man erwartet, daß Washington ihn akzeptieren wird.

Kanada gegen ausländische Sicherheiten.

Toronto, 27. Febr.—Die Regierung hat ein Verbot erlassen gegen den Handel mit ausländischen Bonds und Sicherheitspapieren. Der Finanzminister Sir Henry Drayton stellte dieses Verlangen, damit die Wertpapiere des Inlands geschützt werden.

Eine Probe-Anzeige in der heutigen „Tribüne"

Und eine freundliche Aufforderung an unsere Leser, uns in einem interessanten Kampf zu unterstützen.

Bereits vor einigen Tagen haben wir in der „Tribüne" angekündigt, daß die Burgeß-Nash Company von Omaha dieser Tage den Lesern eine wichtige Ankündigung machen würde. Diese Ankündigung in der Form einer ganzseitigen Anzeige erscheint heute auf der Rückseite. Wir wollen darüber unsern Lesern eine Erklärung geben. Seit zwei Jahren haben wir vergeblich versucht, die Anzeigen dieser Firma zu bekommen zu der die „Tribüne" berechtigt ist. Der leidliche Krieg machte es unmöglich. Nach dem Waffenstillstande wurden wir mit Versprechungen hingehalten. Nach weiteren Versuchen das verlorene Geschäft wieder zu erlangen, hat die Gesellschaft plötzlich beschlossen, eine Probe-Anzeige in die „Tribüne" einzurücken. Was die Sache nun erschwert, ist der Umstand, daß diese Probe-Anzeige nur einen Artikel anzeigt, und zwar die erste Auslage von Frühjahrs-Damenkleidern. Die Firma fordert in der Anzeige die Käuferinnen auf, der Leiterin des Damenkleider-Departements zu erklären, daß sie die Anzeige in der „Tribüne" gelesen haben. Was wird die Folge sein? Wenn genügend Anzahl Leserinnen der Anzeige Beachtung schenken und Frühjahrskleider kaufen, ist uns die Anzeige-Kundschaft gesichert, wenn nicht, so ist sie verloren. Die „Tribüne" ist durch die Anzeige dadurch auf eine schwere Probe gestellt, weil nur eine Sorte Waaren in dieser Probe-Anzeige angezeigt werden. Würden mehrere Sorten Waaren angezeigt sein, so bräuchten wir keine Silbe zu verlieren, die Anzeige würde, um uns eines technischen Ausdruckes zu bedienen, hinreichend ziehen, sodaß wir auf Erfolg und Sieg in dem langen Kampfe rechnen könnten. Es ist nämlich nicht das erste Mal, daß die „Tribüne" aus einem ähnlichen Kampf, in welchem mehrere Artikel angezeigt wurden, als Sieger hervorging. Um nun auch diese Probe bestehen zu können, der in der Wiedererlangung eines unseres besten Anzeigekunden der Vorkriegszeit bestehen würde, ersuchen wir unsere geschätzten Leserinnen, sich an diesem angezeigten Spezial-Verkaufe zu beteiligen.

Die angezeigten Kleider aus Tricotine-Seidenstoffen sind Schöpfungen der neuesten Mode und zu dem angesetzten Preise von $29.50 sehr mäßig im Preise. Die Auswahl ist eine ungemein große, sodaß sie jedes Damenherz erfreut.

Unsere Leserinnen dürften es deshalb in ihrem eigenen Interesse finden, sich ihr Frühjahrskleid bei diesem Verkauf zu sichern. Auswärtigen Leserinnen empfehlen wir, die Nummern der gewünschten Kleider einzusenden; alle Käuferinnen aber müssen der Hauptverkäuferin mitteilen, daß sie die Anzeige in der „Täglichen Omaha Tribüne" gelesen haben.

Wenn uns unsere geschätzten Leserinnen in dieser Weise unterstützen werden, kann der Erfolg nicht ausbleiben und wir werden eines der größten Hindernisse, die während der schrecklichen Kriegszeit der „Tribüne" in den Weg gelegt wurden, mit Erfolg hinwegräumen können. Wir würden die Sache unsern Lesern nicht vorlegen, wenn wir nicht wüßten, daß sie an dem Gedeihen des einzigen Tagesblattes in deutscher Sprache im ganzen Westen ein ebenso großes Interesse hätten als wir selbst. Ohne Anzeigen kann keine Zeitung bestehen, und wenn die Leser für den Bestand derselben sorgen wollen, so glauben wir, daß sie sich für deren Existenzkämpfe, von denen oft nur wenig in die Leserkreise dringt, in hohem Maße interessieren werden.

Indier erflehen Gnade für Türken.

London, 27. Febr.—Der Einfluß, der mächtig genug war, die Türken im Besitz von Konstantinopel zu belassen, kam aus Indien. So meldet Premier Lloyd George im Hause der Gemeinen. Die beiden Delegaten aus Indien in Paris, beide Nicht-Mohammedaner, erklärten, daß, wenn die Alliierten die Türken nicht in Konstantinopel belaren, würde dies in Indien als ein Wortbruch angesehen, und dem Ansehen des britischen Reich großer Schaden zugefügt werden. Der Standard sagt, daß Armenien ein unabhängiger Staat werden soll.

Die Friedens-Offerte der Soviet-Regierung

Will demokratische Prinzipien in Rußland einführen und einen Teil der Schuld bezahlen.

Washington, 27. Febr.—In dem neuen den Großmächten gemachten Friedensangebot verpflichtet sich die russische Sovietregierung, demokratische Prinzipien in Rußland einzuführen und eine konstitutionelle Versammlung einzuberufen. Sie zeigt sich ferner erbötig, 60 Prozent der Nationalschulden zu begleichen und die rückständigen Zinsen zu bezahlen. Als Garantie der übernommenen Verpflichtungen werden einem englisch-amerikanischen Syndikat Konzessionen zur Ausbeutung von Platina- und Silberminen übertragen werden. Als Gegenleistung verlangt die Sovietregierung, daß sich keine auswärtige Macht in innere russische Angelegenheiten einmischt.

Ferner ersuchen die Russen die Ver. Staaten um einen beträchtlichen Kredit, wofür sie weitgehende Konzessionen in Rußland erhalten sollen.

Eine gestrige Depesche aus London meldete, daß die Sovietregierung den Ver. Staaten, Japan und Rumänien Friedensanträge gestellt habe. Bisher sind solche nicht im Staatsdepartement eingetroffen, und man ist über die Meldung, daß Sovietrußland gerade den genannten drei Mächten Friedensanträge gemacht haben soll, überrascht.

Der Oberste Rat hat angekündigt, daß er vorerst nicht mit der Sovietregierung verhandeln wird. Dieses aber kommt für die Ver. Staaten nicht in Betracht, da dieselben im Obersten Rat nicht vertreten sind.

New York's Demokraten gegen Prohibition

Erklärt sich für Frauenstimmrecht und Maßnahmen gegen Umtriebe der Umstürzler.

Albany, N. Y., 27. Feb.—Bei der gestern hier stattgefundenen demokratischen Staatskonvention wurden die Delegaten und deren Stellvertreter zur Nationalkonvention in San Francisco erwählt. Es sind dieses:

Gouverneur Alfred E. Smith und Frl. Elizabeth Marbury von New York, Frl. Harriet May Mills von Syracuse und Louis Desbecker, Buffalo.

Stellvertreter: Edward Riegel Mann, Brooklyn; Frau Maurice E. Connolly, Queens County; Winfield A. Ruppuch, Washington County; Nettie M. Hewitt, Jefferson County.

Unter den angenommenen Resolutionen befindet sich eine, die den Widerruf des Nationalprohibitions-Gesetzes verlangt, indem behauptet wird, daß die Mehrheit des amerikanischen Volkes nicht mit demselben einverstanden ist. Die Souveränität jedes Staates der Union müsse unter allen Umständen gewahrt werden.

In der Platform wird gesagt, daß die demokratische Partei in einem halben Jahre mehr progressive Gesetze angenommen habe, wie die Republikaner in einem halben Jahrhundert; es wird die sofortige Ratifikation des Friedensvertrages verlangt; die Verwaltung des Gouverneurs Smith wird gutgeheißen; Präsident Wilson zu seiner Wiederherstellung beglückwünscht; der Beschränkung der freien Rede opponiert; für das vollständige Stimmrecht der Frauen eingetreten; den Umstürzlern soll mit aller Macht entgegengetreten werden.

Klerus protestiert gegen Home Rule Bill

Dublin, 27. Febr.—Die Katholiken in Irland erheben lauten Protest gegen die neue Home Rule-Vorlage, die im Hause der Gemeinen des britischen Prlaments eingereicht wurde. Sie heben hauptsächlich hervor, daß Kardinal Logue, der Erzbischof von Armagh, der alten Hauptstadt Irlands, und Primas von Irland, durch die neue Maßnahme unter die Regierung der Orangeleute in Ulster kommen würde. St. Patricks Grabstätte und historische Plätze, die den Herzen der Irländer teuer sind, würden dadurch aus dem nationalen Leben gerissen werden und den Carsoniten zufallen.

„Unversöhnliche" wieder auf dem Plan

Blockieren alle Anstrengungen der Freunde der Ratifikation, eine Einigung herbeizuführen; Senator Borah der Hauptgegner

Mandat-Einwand mit 2-3 Mehrheit akzeptiert

Washington, 27. Febr.—Die „Unversöhnlichen" im Senat haben sich heute wie ein Keil zwischen die beiden großen Gruppen geschoben, deren Mitglieder Ratifikation des Friedensvertrags anstreben. So geschickt ist dieser Keil plaziert worden, daß die Hauptgruppe der Republikaner und Demokraten nicht imstande ist, sich nicht einmal auf unwesentliche Punkte der Einwände zu einigen. Es ist in der Tat ein „fliegender Keil", ebenso beweglich wie eine Abteilung Kavallerie, und steht unter Führung des Senators Borah. Man hat ihn dort eingetrieben, wo er von größter Wirkung ist und jene Gruppen, die die Ratifikation anstreben, auseinanderzuhalten.

Der Sent setzt seine Debatte über den vierten Einwand fort; dieser bezieht sich auf einheimische Angelegenheiten. Senator Hitchcock unterbreitete seine Reservation als ein Substitut für die von Lodge unterbreitete. In derselben heißt es, daß kein Mitglied der Völkerliga gezwungen ist, einheimische Fragen der Völkerliga zur Entscheidung zu unterbreiten. Republikanische Senatoren erklären, daß dieses ein Amendement zum Vertrag und kein Einwand zu demselben sei und daß es alle Mitglieder der Liga in Betracht ziehe. Ueber diesen Einwand wird es heute zur Abstimmung kommen. Dann wird die Schantungfrage zur Besprechung kommen.

Der von Lodge unterbreitete Einwand bezüglich der Mandate wurde mit 68 gegen 4 Stimmen angenommen. Es war das erste Mal, daß demokratische Führer nachgaben und auch das erste Mal, daß ein Einwand mit einer größeren wie Zweidrittelmehrheit angenommen wurde. Damit ist aber nicht gesagt, daß ein Bruch in den Reihen der demokratischen Senatoren bevorsteht. Auf diesen Einwand hatte man sich bereits in der Zweiparteienkonferenz geeinigt. Gegen den Einwand stimmten Jones, Neu Mexiko; Kendrick, Wyoming; Walsh, Montana; Williams, Mississippi; alle Demokraten.

Schmoller & Mueller Gebäude ein Opfer der Flammen

Der angerichtete Schaden beläuft sich auf $500,000; Entstehungsursache unbekannt.

Das große Gebäude der Schmoller & Mueller Piano Company, 1311-1313 Farnam Straße, ist heute eine Brandruine; es ist einem Feuer, das gegen Mitternacht, wie man annimmt, im Heizraum zum Ausbruch kam, zum Opfer gefallen. Die Flammen sprangen zu dem Nachbargebäude, das von der Brunswick-Balke-Collender Company benutzt wird, über. Die Dächer anderer benachbarten Gebäude wurden durch das Feuer stark mitgenommen. Der erste Alarm erfolgte gegen 1 Uhr nachts; demselben folgte bald der zweite, und gegen 2:37 der dritte, so daß sich die ganze verfügbare Löschmannschaft der Stadt auf der Brandstelle befand. Gegen 8 Uhr morgens waren die Flammen noch nicht gelöscht.

Nach dem zweiten Alarm hatte die Feuerwehr die Flammen nahezu unter Kontrolle; von neuem aber loderten sie infolge des Berstens der Gasröhren empor. Fünf Stunden lang wurden zwanzig Wasserstrahlen auf das Feuer gelenkt und aus den Fenstern des Woodmen of the World Gebäudes wurde das entfesselte Element in energischer Weise bekämpft.

Brennende Holzstücke kreisten in den Lüften und brachten andere Gebäude der Nachbarschaft, in welchen Waren im Werte von Millionen aufgestapelt waren, in Gefahr.

Der Schatzmeister der Schmoller & Mueller Piano Company, Herr May, schätzt den Wert der im Gebäude befindlichen Pianos und anderer Musikinstrumente auf $250,000. Der am Gebäude angerichtete Schaden wird auf rund $100,000 geschätzt.

Die Schmoller & Mueller Piano Company hat ihr Quartier vorläufig im Gebäude der Omaha Printing Company aufgeschlagen.

Die Brunswick-Balke-Collender Company schätzt ihren Schaden auf $50,000. Das Gebäude Henry Lehmann's wurde durch Wasser und Rauch stark beschädigt; wie groß der Schaden ist, kann nicht mit Bestimmtheit angegeben werden.

Fünf Feuerwehrleute waren eine Zeitlang durch die Flammen im ersten Stockwerk abgeschnitten; es gelang schließlich, sie zu retten.

Das Ballot die beste Waffe, sagt Gompers

Jacksonville, Fla., 27. Febr.—In einer vor dem Exekutivausschuß der A. F. of L. gehaltenen Rede sagte Samuel Gompers, daß das Ballott in dem Kampfe gegen reaktionäre Gesetzgebung die beste Waffe der Arbeiter sei. Der Arbeiter wird von seinem Recht am Stimmkasten Gebrauch machen, um zu verhüten, daß privilegierte Klassen das Volk unterdrücken „Mitunter kommt mir der Gedanke", sagte Gompers, „daß der ganze Krieg zur Abschaffung der Sklaverei nochmals durchgekämpft werden muß. Die Masse der Arbeiter hat der Gerechtigkeit viele Opfer gebracht und wird jetzt keine Ungerechtigkeit dulden. Reaktion ist eingetreten und derselben muß ein Damm entgegengesetzt werden." In erbitterter Weise griff Gompers die Eisenbahnbill an, welche sich jetzt in Händen des Präsidenten Wilson befindet, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß Wilson dieselbe vetieren wird.

Präsident studiert Eisenbahn-Vorlage

Washington, 27. Feb.—Es verlautet, daß der Präsident eine Entscheidung über die Eisenvorlage heute oder spätestens morgen treffen wird. Die Arbeiterführer, die den Präsidenten dazu drängten, dieselbe mit seinem Veto zu belegen, erwarten die Entscheidung des Weißen Hauses mit großer Spannung.

Die Bahnverwaltung legt die letzte Hand an die Vorbereitungen, um heute mittag um 12:01 die Bahnen unter Privatkontrolle zurückzugeben. Am Montag werden alle Abteilungen der Eisenbahnverwaltung, mit Ausnahme der Liquidationsabteilung, den Betrieb einstellen. Aus zuverlässiger Quelle wird berichtet, daß der Generalanwalt Palmer und der Generaldirektor Hines dem Präsidenten geraten haben, die Vorlage durch seine Unterschrift zum Gesetz zu erheben.

Bolschewiki morden und sengen bei Archangel

Christiania, 26. Febr.—Flüchtlinge, die aus dem Murmansk Distrikt hier eingetroffen sind, sagen, daß die Bolschewiki unter der Bevölkerung unweit Archangel ein Blutbad angerichtet haben. (Archangel und der ganze nordwestliche Distrikt Rußlands ist kürzlich den Bolschewiki in die Hände gefallen.)

Militär soll Bahnstreik enden.

Paris, 27. Febr.—Militär soll verwendet werden, um den Streik auf den Bahnstrecken Paris-Lyon und Mittelmeer zu beenden. Die Regierung hat beschlossen, den Verkehr unter allen Umständen aufrecht zu erhalten.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Teilweise bewölkt heute nacht und Samstag; kälter heute nacht.

Für Nebraska — Teilweise bewölkt im östlichen Teil; unbeständig mit wahrscheinlich leichtem Schneefall im Westen heute nacht und Samstag. Kälter am Samstag und Nordwesten heute nacht